

Buchbinder-Zeitung

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Bestellgeb.
Bestellungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition,
Coppelenstraße 10 I, Stuttgart.

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Inserate
pro Spaltige Zeitspalt 20 Pf.,
für Verbandsangehörige 10 Pf.,
Privatangehörige ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andern-
falls der Abdruck unterbleibt.

Dr. 38

Stuttgart, den 19. September 1903

19. Jahrgang

Bekanntmachung

des Verbandsvorstandes.

Mit dem „Korrespondenzblatt der General-Kommission“, welches den Poststellen- und Gau-bevollmächtigten mit nächster Nummer dieser Zeitung zugesandt wird, wird eine Postkarte zur Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal d. J. an das Reichsstatistische Amt mit beigelegt werden. Wir ersuchen die genannten Funktionäre, die Postkarte sofort nach Quartals-schluß auszufüllen und an uns spätestens bis zum Montag den 5. Oktober einzusenden.

Der Verbandsvorstand.

I. A.: A. Dietrich.

Die Tarifverhandlungen in Leipzig

am 7. September zwischen Vertretern des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer und Vertretern unseres Verbandes haben den offiziellen Abschluß der diesjährigen Tarifbewegung gebracht und ist wohl anzunehmen, daß damit wieder Ruhe und Frieden im Gewerbe an den drei maßgebenden Plätzen: Berlin, Leipzig und Stuttgart im allgemeinen eintreten wird. Der Vorstand des Prinzipalverbandes hatte ja bereits Mitte August seine Zustimmung zu den von uns in einer Erklärung niedergelegten Forderungen gegeben und damit die Bereitwilligkeit ausgedrückt, nicht nur die Minimal-löhne in der gewünschten Weise zu erhöhen, sondern auch Einrichtungen mit schaffen zu helfen, welche dazu angetan sind, dem Tarif volle Anerkennung und weitere Ausbreitung zu sichern.

Als oberste Instanz in Tarifangelegenheiten wurde nunmehr ein Tarifamt mit dem Sitz in Leipzig zu errichten beschlossen. Dasselbe soll aus 3 Prinzipals- und 3 Gehilfenvertretern sowie je 2 Stellvertretern bestehen. Die Obliegenheiten des Tarifamtes sollen sein:

1. Die Vermittlung des Verkehrs der Tarif-kontrahenten untereinander.
2. Alljährliche Veröffentlichung der den Tarif zahlende Firmen.
3. Die Anordnung von Maßnahmen zur all-gemeinen Anerkennung und Durchführung des Tarifs.
4. Vornahme eventuell sich notwendig machender statistischer Erhebungen über Lohn-, Arbeits- und Lehrlingsverhältnisse zwecks Einführung des Tarifs.
5. Die Vermittlung zwischen Prinzipalen und Gehilfen, nachdem die Tätigkeit der Tarifschiedsgerichte erfolglos war.
6. Allenmäßige Führung und Ordnung aller bei ihm eingehenden, den Tarif betreffenden Schriftstücke.
7. Schaffung und Fortführung eines Kommentars zum Tarif.
8. Die Errichtung von Schiedsgerichten und die Aufstellung einheitlicher Geschäftsordnungen für dieselben.

9. Entgegennahme etwaiger Änderungsanträge zum Tarif und Erledigung aller den Tarif betreffenden Angelegenheiten.

Die durch das Tarifamt entstehenden Kosten sollen zu gleichen Teilen die beiden Kontrahenten tragen. Um das Amt möglichst rasch in Aktion treten zu lassen, wurde bestimmt, daß die beiden Vertrag-schließenden innerhalb zehn Tagen die Vertreter und Stellvertreter gegenseitig namhaft machen sollen.

Als örtliche Tarifinstanzen sollen Tarifschieds-gerichte errichtet werden. Über die Aufgaben usw. derselben ist gesagt:

„Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Tarifs sowie Differenzen über Lohn- und Arbeits-verhältnisse sind zunächst einer aus 6 Prinzipalen und 6 Gehilfen zusammengesetzten Kommission vor-zulegen, die innerhalb drei Tagen entscheidet. Zu diesem Zwecke muß an jedem Orte ein Tarifschieds-gericht gebildet werden. Ist eine Einigung vor dem Schiedsgericht nicht zu erzielen, so hat das Tarifamt als oberste Berufungsinstanz in Tätigkeit zu treten. Mitglieder des Schiedsgerichtes können nicht gleichzeitig dem Tarifamt angehören. Alle der Tarifgemeinschaft Angehörige sind verpflichtet, in allen für die Schiedsgerichte zuständigen Klage-fällen die tariflichen Instanzen anzurufen und sind deren Entscheidungen unbedingt verbindlich. Die Vorsitzenden des Schiedsgerichtes sowie die Parteien sind berechtigt, den Entscheidungsungen des Tarif-amtes mit beratender Stimme beizuwohnen, haben aber ein Stimmrecht nicht.“

Die Frage der Errichtung gemeinsamer Arbeits-nachweise soll zunächst das neu geschaffene Tarifamt ventilieren. Auch die Schnellpressen- und Anשמiermaschinenfrage soll gleichfalls das Tarifamt in erster Linie beschäftigen. Von Seiten der Prinzipale wurde in dieser Sache sofort eine Umfrage veranlaßt, um das nötige Material als Grundlage für die Verhandlungen zu bekommen.

Das Verhalten der Stuttgarter Prinzipale unter Führung des Herrn Alb. Crönlein war natürlich gleichfalls Gegenstand der Verhandlungen. Von dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Buchbinderbesitzer Herr Kommissionsrat Fritsche wurde lebhaft bedauert, daß sich dieser Vorfall ereignet habe. Herr Crönlein hätte ein Recht nicht zu gestanden, Vorschriften und Bedingungen, wie ge-schehen, dem Verbandsvorstand der Arbeitnehmer zu unterbreiten. Man hätte wohl in der Sitzung der Prinzipale davon gesprochen, daß von Gehilfen-seite mehr wie bisher darauf gedrungen werden müsse, daß der Tarif insbesondere in Stuttgart in den großen Firmen Union und Hallberger ebenfalls zur Einführung komme, aber ein Beschluß in der von Herrn Crönlein bezeichneten Art sei nicht gefaßt worden. Die Vertreter der Prinzipale seien sich vollständig klar darüber, daß Bedingungen, wie sie von den Stuttgarter Herren gestellt wurden, nicht durchführbar seien. Die Verhandlsleitung habe erst Kenntnis von dem Vorgehen des Herrn Crönlein erhalten, nachdem dieser bereits an die Gehilfen herangetreten war. Nachdem demselben Vorhalt wegen seines Vorgehens gemacht worden sei, habe

dieser seinen Austritt aus dem Verband der Buchbinderbesitzer erklärt und sich dadurch dem weiteren Einflusse entzogen. Die Gehilfen mögen nun sehen, daß auch Herr Crönlein das einhalte, was die übrigen Stuttgarter Herren zu tun sich verpflichtet haben. Weitere Mitteilungen, die den Gehilfenvertretern in der Stuttgarter Angelegenheit gemacht wurden, befriedigten dieselben vollkommen und lassen auch den Austritt des Herrn Crönlein begreiflich erscheinen. Der gute Herr hat sich, das steht ohne Zweifel fest, ganz gewaltig blamiert mit seinem aggressiven Vorgehen gegen die getroffenen Ab-machungen. Daß Herr Crönlein aus dem Arbeit-geberverband und damit auch aus dessen Vorstand ausgeschlossen ist, kann der weiteren Ausgestaltung der Tarifgemeinschaft nur förderlich sein und dazu beitragen, daß man endlich nun auch in Stuttgart gemeinsame Beziehungen zwischen Prinzipalen und Gehilfen pflegen kann. H.

Gewerkschaftliche Umschau.

Mit Freude haben wir es begrüßt, daß auf dem letzten Verbandstag der Buchbinderinnungen die Ausarbeitung eines nationalen Preistarifs in Aussicht ge-nommen wurde. Die Vorgänge in wirtschaftlichen Leben sind tatsächlich auch gerade in jüngster Zeit sehr dazu angetan, die Aufmerksamkeit weiter Arbeiterkreise auf die hochwichtige Frage der Preispolitik der Unter-nehmer zu lenken. Wie gemeinschaftlich eine rein spekulative, also nicht im Interesse der natürlichen Ent-wicklung der Gewerbe, sondern zum Nutzen einzelner Großkapitalisten betriebene Wertenerkungshaft werden kann, beweisen die traurigen Nachwirkungen der be-rückichtigten Baumwollhauffe, welche durch den ameri-kanischen Trakt inszeniert wurde. Zu den vielen Klagen der zur Betriebseinstellung gebrängten Spinnereien ge-sellen sich die tief betrübenden Nachrichten von der überhandnehmenden Arbeitslosigkeit der Baumwoll-spinner in Lancashire, deren Kinder bereits auf Gemeindefösten in den Schulen versorgt werden müssen, und unlängst kam auch die Mitteilung von der Be-triebseinstellung von zwölf Baumwollspinnereien in Massachusetts, die großes Masselend zur Folge hatte. Hier müssen also die Arbeiter die Kosten der frivolen Spekulation bezahlen, welche den beteiligten Unter-nehmern gegen 7 Millionen Dollars einbrachte. Damit dürfen wir aber nicht in blinder Wut jede systematische Preisregelung verwerfen, wohl aber müssen wir aus ihr durch Erzielung von entsprechenden Lohnerhöhungen zu profitieren suchen, ist doch eine Steigerung des Arbeiter-einkommens im Interesse der ganzen Nation gelegen. Eine Verschlechterung der Existenzbedingungen der Arbeiter wird nicht nur von diesen selbst, sondern auch von den Handel- und Gewerbetreibenden und der In-dustrie schwer empfunden. Jedenfalls ebnen die preis-regelnden Bestrebungen der Fabrikanten den lohn-ordnenden Tarifbewegungen der Berufsorganisationen die Wege, wir wollen daher die neuesten Versuche zur kartellierten Preisbildung zwar kritisch, aber nicht mit oberflächlicher Entrüstung aufnehmen. Neben den vielen und sich immer fester zusammenfügenden Syndikaten und Kartellen haben nun auch das obersteleffische Hoheisen-syndikat, die Flachspinnerei des westlichen Deutsch-lands, die Pinsel- und Bürstenindustriellen und endlich auch die Lederfabrikanten eine Regelung und Erhöhung ihrer Preise beschlossen. Die Weiterexistenz des macht-vollen Kohlen-syndikats in Rheinland-Westfalen ist zweifelsohne gesichert, und verlängert ist auch die Preis-konvention der deutschen Vorgeleantfabriken. Der Auf-lösung des sehr terroristischen Zuckersyndikats folgte sofort die Gründung eines Syndikats der Weiszucker-fabriken, und -Raffinerien, sowie eines Verkaufs-

verbandes der Rohrzuckerfabriken. Vertracht sind dagegen die Konventionen der deutschen Seifenindustrie, jedenfalls auf Grund einer irrationalen Spekulation. Gleichgültig, wie wir den Verteuerungsbestrebungen der Industrie, die unlegbar auch ihre großen Gefahren in sich bergen, gegenüberstehen, eine Konsequenz müssen wir aus ihnen ziehen, und das ist die immer allgemeiner zu erhebende Forderung der tariflichen Regelung und vertraglichen Steigerung der Arbeitslöhne. Obgleich dem Bericht der Papierverarbeitungs-genossenschaft zufolge der Durchschnittslohn von 829,03 Mk. im Jahre 1901 auf 847,09 Mk. im Jahre 1902 gestiegen ist, sind dies nur gelegentliche Lohnerhöhungen, denen die tarifliche Sanktion und damit die Dauerhaftigkeit

abgeht, demnach bleibt auch in unserem Beruf auf diesem Gebiet noch viel zu tun übrig. Wieder droht unserem Gewerbe eine nicht zu unterschätzende Gefahr durch zollpolitische Maßnahmen des Auslandes. Diesmal ist es die Schweiz, welche die deutsche Konkurrenz zurückdrängen will, indem sie auf farbige Postkarten einen Zoll von 1,50 Franken pro Kilo plant. Warum betritt die sonst so pfadfinderische Regierung des freien Landes diese ausgetretenen Wege der reaktionären Schutzollpolitik, anstatt sich zum Beispiel Rumänien zum Vorbild zu nehmen, wo das Aufblähen der Futindustrie regierungsfreudig durch fünfzehnjährige Bewilligung steuerfreier Einfuhr der Rohmaterialien und Maschinen und durch völligen Steuer-

erlaß gefördert wird? Wie wenig man selbst in sachverständigen Kreisen von dem Werte der künstlichen Abperrung eines Gewerbes hält, bezeugen die abschlägigen Urteile über das Fleischbeschaugesetz, das als „nützlich unnütze Belästigung“ bezeichnet wird. Doch treten wir wieder in den engeren Rahmen unseres Berufs jurist.

Einleitend zu unserer Arbeitsmarkttabelle können wir auf die erfreuliche Tatsache hinweisen, daß im ersten Halbjahr 1903 die Ausfuhr von feinen Leberwaren eine kleine Steigerung gegen das erste Semester des Vorjahres erfahren hat, und zwar von 3475 auf 3875 Doppelzentner. Die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt gestalteten sich in dem verfloffenen Monat wie folgt:

Gewerbe	Arbeitgebernachweise						Arbeitnehmersnachweise						Paritätische Nachweise						Zusammen					
	Arbeitslose		Dff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Dff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Dff. Stellen		Bes. Stellen		Arbeitslose		Dff. Stellen		Bes. Stellen	
	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.	m.	w.		
Buchbinderei	265	—	46	—	37	—	73	23	13	10	11	8	280	129	64	163	52	103	618	152	123	173	100	111
Buchdruckerei	428	151	119	71	119	71	—	—	—	—	—	—	1107	—	58	—	56	—	1535	151	177	71	175	71
Buchdruckerei-Hilfsarbeiter	—	—	—	—	—	—	66	94	68	76	63	76	—	—	—	—	—	—	66	94	68	76	63	76
Gravüre und Ziseleure	—	—	—	—	—	—	91	—	17	—	11	—	—	—	—	—	—	—	91	—	17	—	11	—
Lithographen und Stein drucker	—	—	—	—	—	—	295	—	89	—	81	—	—	—	—	—	—	—	295	—	89	—	81	—
Photographen	—	—	—	—	—	—	53	3	58	2	20	1	—	—	—	—	—	—	53	3	58	2	20	1
Zylographen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Summa	693	151	165	71	156	71	578	120	245	88	186	85	1387	129	122	163	108	103	2658	400	532	322	450	259
																			3058		854		709	

Der Prozentsatz der besetzten Stellen zu der Zahl der Arbeitslosen ist wiederum, und zwar von 29,5 im Vormonat auf 23,1 gefallen; damit dürfte jedoch der höchste Stand der Arbeitslosigkeit erreicht sein und hoffen wir das nächstmal von einer Besserung des Arbeitsmarktes berichten zu können.

Viel schöne Worte wurden auf dem Städtetag zu Dresden gesprochen, fast alle Fragen der kommunalen Sozialpolitik wurden, allerdings sehr flüchtig, gestreift. Wenn die „Soziale Praxis“ hoffte, daß durch die Verhandlungen das nachgeholt würde, was auf der Städteausstellung durch sichtliche Vernachlässigung der Sozialpolitik verkannt worden sei, so scheinen uns doch die vielseitigen Besprechungen an positivem Inhalt sehr arm gewesen zu sein. Nicht unerwähnt wollen wir übrigens den Ausspruch des Korreferenten Beutler, Bürgermeister zu Dresden, lassen, welcher den Arbeitsnachweis und die Arbeitslosenversicherung „nicht zu den sozialpolitischen Aufgaben der Gemeinden“ rechnet. Auf dem diesjährigen Katholikentag wurde ebenfalls der Arbeiterpolitik in Diskussion und Resolution große Aufmerksamkeit gewidmet. Die eingehende Resolution kann hier nicht wiedergegeben werden, sie ist jedenfalls forschrittmäßig und entscheidener, als bisher die praktische parlamentarische Sozialpolitik des Zentrums gewesen ist. Wir wollen daher hoffen, daß die dieser Partei angehörenden Arbeiter ihre politischen Freunde in der nächsten Zeit tapfer beim Worte nehmen werden zu Nutz und Frommen der gesamten Arbeiterschaft.

Der 110000 Mitglieder umfassende Verband der deutschen Hausbesitzer hielt seinen Verbandstag in Dresden ab, wie selbstverständlich wurde scharf verurteilt, daß einige Gemeinden die Baugenossenschaften unterstützen und betont, daß man mit den Mietervereinen durchaus nicht in Feindseligkeiten lebe. Wie könnte es auch anders sein, beschränken sich doch diese Interessengruppen der wohnenden Bevölkerung in den meisten Fällen auf eine ziemlich schwächliche Bekämpfung des Bodenwuchers, und kommen sie doch sogar ab und zu den Herzenswünschen der Hausbesitzer nach Verstärkung ihrer Macht, in den Gemeindeparlamenten dadurch freundlich nach, daß sie zur kommunalpolitischen Vertretung der Mieter Hausbesitzer aufstellen und sogar wählen. Gefordert wurde die Schaffung von Hausbesitzerkammern und die Umwandlung der Umfasssteuer an Staat und Gemeinde in eine staatliche Steuer, welche sich nicht nach dem Werte der Gebäude, sondern nach der Höhe des beim Verkauf erzielten Ertrags richten solle. Die Gesehwerdung dieses Vorschlags bedeutete natürlich eine Steuerentlastung der Hausbesitzer zugunsten der Kommunen. Die gesetzliche Wohnungsaufsicht wurde als „eine Härte gegen die Mieter“ bezeichnet, es sei „ein Unsinn sondergleichen, wenn man die heutigen Wohnungen als ungesund bezeichne“.

Wie wir hören, wird die preussische Regierung ihre Aufmerksamkeit einer Neuregelung des Submissionswesens zuwenden; die zu einem Gutachten veranlaßte Berliner Handelskammer erklärte sich in zunehmender Einsicht gegen die Berücksichtigung der billigsten Angebote, welche nicht nur zum Nachteil des soliden Gewerbetreibenden und der Arbeiter, sondern vielfach auch zum Schaden der auftraggebenden Gemeinden selbst sei. Als äußerst bedenklich müssen wir dagegen den Vorschlag der Kautionserleichterung betrachten, der jener Hauspekulation noch Vorschub leisten würde, welche so viele Arbeiter um ihren ehrlich verdienten Lohn betrügt. Daß auch die Streikklausel im

Wunschzettel der Handelskammer herumspruhte, ist leider selbstredend. Der Magistrat zu Dresden hat auf Antrag des Steinseherversandes die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit in Aussicht gestellt, unfaßlicherweise ließ aber die Stadtverwaltung von Kaiserlautern einen Antrag auf Anerkennung des Buchdruckerarbeits bei Submissionen unerledigt, obgleich nur drei am Orte als Schmutzkonturrenten bekannte Firmen den Tarif mißachteten. Anschlaggebend war wohl für das Stadtparlament die betriebende Tatsache, daß neun pfälzische Städte ihre Druckerarbeiten noch ohne Rücksicht auf den Tarif vergeben.

Auf dem Gebiet der Ausdehnung des Versicherungszwanges ist zu begrüßen, daß nunmehr in Hamburg sämtliche Dienstboten der Krankenversicherung unterstellt wurden, die Rasse wird in Ermangelung des Koalitionsrechtes der Dienstboten von dem Magistrat verwaltet. Sollte dies nicht ein Fingerzeig für die Reichsregierung sein, endlich im Interesse der einheitlichen Ausführung ihrer Gesetze mit der mittelalterlichen Gesindeordnung aufzuräumen? Der preussische Kultusminister weist die Schulverwaltungen auf die günstigen hygienischen Wirkungen der obligatorischen Schulküchen hin. Anschließend daran teilen wir mit, daß die Ortskrankenasse von Zweibrücken jetzt ihre Mitglieder wöchentlich ein Brausebad auf Kostenkosten nehmen läßt. Zur Errichtung von Ferienpflanzkur bewilligte das Gemeindefolkollegium Eberfeld 2000 Mk. Die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz gedenkt Invalidenheime für solche Invaliden zu errichten, welche den Aufenthalt in der Anstalt dem Rentenbezug vorziehen und die Landesversicherungsanstalt Westfalen unterstützt durch Materiallieferung die Durchführung eines Erlasses der Regierung von Minden-Westfalen, welchem zufolge die Schulkinder mit der praktischen Handhabung des Invalidenversicherungsgesetzes vertraut gemacht werden sollen.

Wie bekannt, stehen die Maler in einer regen Kampagne zur Bekämpfung des gesundheitsschädlichen Weisweißes. Einem Gutachten der Malerinnungen, welches geradezu für die Weisweißfabrikanten Reflektant macht, trat unlängst nach einem Referat von Dr. Sommerfeld eine Versammlung der Berliner Malerhilfen energisch entgegen. Ein gänzlich Verbot der Verwendung des Pyridin bei der Denaturierung des Spiritus verlangen die heffischen Gewerbeinspektoren im Interesse der Arbeitergesundheit.

Erfreulich ist, daß jetzt die Berliner Gewerbeinspektion entschieden gegen die gescheiterte Lehrlingsausbeutung in der Wäschebranche zu Felde zieht; auf Antrag größerer Firmen hat der Zentralverein der Arbeitsnachweise eine besondere Lehrlingsabteilung der Wäschefabrikation eingerichtet, durch welchen die jugendlichen Personen nur denjenigen Betrieben zugewiesen werden, welche die Garantie für eine solide Ausbildung bieten.

Die längst von den Gewerkschaften erhobene Forderung der Zugiehung von Arbeitern zu der Gewerbeinspektion scheint jetzt durch die württembergische Regierung ihrer Verwirklichung näher gebracht zu werden, indem drei männliche und eine weibliche Hilfskraft ange stellt werden, von denen keine höhere Bildung, wohl aber der Nachweis längerer Beschäftigung in einem gewerblichen Betrieb verlangt wird.

Als sehr erwünschter Fortschritt in der Pflege des Arbeiterschutzes ist eine Verfügung der hannoverschen Regierung zu erwähnen, der zufolge nunmehr die Bestimmungen über den Arbeiterschutz im Baugewerbe

auch auf Zimmerplätze ausgedehnt werden sollen; bisher beschränkte sich nämlich deren Wirksamkeit unlogischerweise überall nur auf Baupläze. Die bayerische Regierung hat entgegen den Petitionen der Bahnhofswirte eine Verordnung erlassen, welche die strikte Einhaltung der Bundesratsverordnungen bei Androhung der Pachtlösung verlangt. Bemerkenswert ist, daß dabei ausdrücklich gesagt wird, der freiwillige Verzicht der Angestellten auf ihre gesetzliche Ruhezeit sei rechtungsgültig. Im schroffen Gegensatz dazu steht eine Verfügung des preussischen Handelsministers, welcher diejenigen Gastwirte zur Festsetzung der Ausgehzeit ihres Personals ermächtigt, bei denen die Gehilfen in Kost und Logis stehen. In einer die Mißstände eingehend beleuchtenden Broschüre schließen sich die extra organisierten Hotel- diener hoffentlich mit Erfolg den Forderungen des Gastwirtsgehilfenverbandes an. Eine Verschärfung der Verordnungen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter in Benzinwäschereien bringt endlich ein Erlaß des Handelsministers, den wir ebenfalls anerkennend hervorheben. Als äußerst beachtenswerte Neuerung teilen wir schließlich noch mit, daß nach einem Erlaß des Regierungspräsidenten zu Frankfurt a. O. die Bewilligung von Ueberarbeit an Arbeiterinnen nicht wie bisher von dem Gutdünken der Polizei, sondern von der Begutachtung der Gewerbeinspektoren abhängig gemacht werden soll. (Schluß folgt.)

Die Tarifgemeinschaft.

Von Fanny Imle, Düsseldorf.

(Schluß.)

Die Stellung der organisierten Arbeiterschaft zu den Tarifgemeinschaften richtet sich wohl im großen und ganzen nach der wirtschaftlichen Aktionsfähigkeit der Gewerkschaften und findet ihren Ausdruck in dem mehr oder weniger zielstrebigen und kraftbestimmten Vorgehen der Arbeiterorganisationen. Das tiefempfundene Mißtrauen, das die Arbeiter der ausschlaggebenden sozialistischen Gewerkschaftsgruppe so lange zu Gegnern jedweder langfristigen Festlegung der Arbeitsbedingungen machte, ist zwar zu einem guten Teil auf die revolutionär-politische Beeinflussung dieser Verbände, aber in der Hauptsache doch auf die instinktive Erkenntnis der eigenen Schwäche zurückzuführen. Je weniger widerstandsfähig eine Organisation ist, desto mehr fürchtet sie sich in „die tariflichen Fallen eines heimtückischen Unternehmertums“ zu geraten, und je offensichtlicher die Schwäche der Arbeiter, desto gewaltiger ihr Abscheu vor jeder friedlichen Unterhandlung und jeder dauernden Vereinbarung mit dem stärkeren Rentrentanten, dem Arbeitgeber. Mit dem Schlagwort, daß man sich nicht die Hände binden und durch langfristige Verträge in der Ausnutzung der Konjunktur lahmlegen lassen wolle, bekämpften die sozialistischen Gewerkschaften vor dem Ausnahmegesetz die deutschen Gewerkschaften, in deren Programm der Abschluß von Tarifgemeinschaften eine allerdings sehr theoretische Rolle spielte. Als der Buchdruckerverband im Jahre 1896 der Prinzipalität unter recht günstigen Bedingungen zum fünfjährigen Frieden die Hand reichte, und damit die Herzens-

wünsche der Gewerkevereine praktische Gestalt annehmen, da erhob sich in den Kreisen der freien Gewerkschaften ein Sturm der Entrüstung.

Aber allmählich zwang die Erfahrung doch auch die hartnäckigsten Gegner der Tarifgemeinschaft einzusehen, daß die willkürliche Ausübung der Konjunktur weit mehr dem Unternehmertum als der Arbeiterchaft zugute kam. Manche begannen sogar zu verstehen, daß beiden Teilen am besten durch geregelte Festlegung der Lohnsätze gebient wäre. Die überraschend schnelle und selbständige Entwicklung der Berufsorganisationen gab den früher so Mißtrauischen das Vertrauen in die eigene Sache und so trat denn das Bestreben in den Vordergrund, das einmal Errungene auch dauernd festzuhalten und die Existenzbedingungen des Arbeiters mehr und mehr von den launenhaften Schwankungen der Geschäftslage unabhängig zu machen. Schon der Gewerkschaftskongreß des Jahres 1899 zu Frankfurt hat sich für Tarifverträge ausgesprochen und die einzelnen Berufsorganisationen haben für ihre Gewerbe aus der allgemeinen Direktive ihrer höchsten Instanz die gebotenen Schlußfolgerungen gezogen. Wenn sich nun die Tariffreundlichkeit der Arbeiter vielfach nur in der Abfassung von Sympathie-resolutionen und in der Ausarbeitung von Entwürfen erschöpft hat, so liegt dies zum größten Teile in der schroff ablehnenden, im besten Falle nur gleichgültigen Haltung vieler Unternehmerteile gegenüber dieser auch für sie außerordentlich nahe berührenden Frage. Die Aufrechterhaltung einer mittelalterlichen Ferrenmoral, mehr aber noch die schrankenlose Entwicklung der Schleuderkonkurrenz, machen die Arbeitgeber vielfach zu Feinden des kollektiven Arbeitsvertrags. Erst starke kampfsfähige Arbeiterorganisationen lehren die Unternehmer, in ihren Untergebenen einen vertragsberechtigten, mitbestimmenden Faktor der Produktion zu erkennen und durch das zwangsweise Zusammenwirken mit der Gehilfenvertretung gewöhnen sie sich allmählich auch daran, in der tariftreuen Arbeiterchaft einen Bundesgenossen im Kampfe gegen die verheerende Schmutzkonkurrenz zu schätzen.

Unfreiwillig können die Buchdruckerprinzipale allen übrigen Arbeitgebern als leuchtendes Beispiel friedlichen Zusammenarbeitens auf tariflichem Gebiet vor Augen gehalten werden. Hand in Hand mit dem Gehilfenverband haben sie der Tarifgemeinschaft die Wege geebnet und für deren Ausdehnung und Vervollkommnung gewirkt, Schulter an Schulter haben sie mit ihren Arbeitern gegen die organisationszerstörende Zuchtshausvorlage gekämpft und in friedlichem Mingen die Staats- und Gemeindebehörden für die Anerkennung ihres Tarifs zu gewinnen versucht. Das vernünftige Entgegenkommen mancher Arbeitgeber der graphischen Berufe dürfte wohl zweifelsohne auf die guten Erfahrungen, welche mit dem Buchdrucker tarif gemacht wurden, zurückzuführen sein. Erwähnenswert ist auch die oft bewundernswürdige Vertragstreue, welche die Unternehmer des Baugewerbes an den Tag legen, und die noch stärker ist als die Zähigkeit, mit der diese Arbeitgeber einst die kollektiven Verträge zu vernichten hofften.

Zum allgemeinen ist aber wenig Erfreuliches von der Tariffreundlichkeit unserer deutschen Arbeitgeber und noch weniger Erbauliches von den Kollektivumgebungen ihrer Verbände zu berichten. Leider gilt daselbe auch mit wenigen Ausnahmen von den Behörden, die im großen und ganzen der Frage der Tarifgemeinschaft gar keine Aufmerksamkeit widmen und den Bemühungen fortschrittlicher Parlamentsfraktionen gegenüber oft nichts weiter als einige Verlegenheitsreden übrig haben. Die behördlichen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der kollektiven Arbeitsverträge bei Regie- und Submissionsarbeiten beschränken sich mit einer Ausnahme auf die Anerkennung des Buchdrucker tarifs, der dank des rückhaltlosen Eintretens einflussreicher Prinzipale für die gewerbliche Ordnung auch der Bekämpfung derjenigen konservativen Elemente entzogen ist, welche in jedem Zugeständnis an die Arbeiter auch sofort einen Sieg des brutalen Klassenkampfes der staatszerstörenden Arbeiterchaft wittern. Außer einer Reihe Gemeinden und Regierungsbehörden haben unter anderem das Königreich und das Großherzogtum Sachsen, die heffische Regierung, der preußische Minister für Handel und Gewerbe, das R. Kanalamt in Kiel und das R. Oberbergamt in

Halle durch Erlaß angeordnet, daß amtliche Drucksachen nur bei tariftreuen Firmen hergestellt werden dürfen. Eine Anerkennung sämtlicher Tarifvereinbarungen bringt nur die mit dem 1. April in Kraft getretene Verordnung der württembergischen Regierung, welche eine Neuregelung des Submissionswesens anbahnt, deren Nachahmung dringend zu wünschen ist.

Alles in allem muß anerkannt werden, daß der kollektive Arbeitsvertrag allmählich in den verschiedensten Gewerben Wurzel faßt. Sein Gedeihen bedeutet einen Sieg der Ordnung über den blind waltenden Terrorismus, einen Triumph des gemeinnützigen Konstitutionalismus über die rücksichtslose Einzelherrschaft. Durch Vermeidung der produktionshemmenden Streiks wird eine ruhige Entwicklung der Gewerbe, durch die Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz eine Auslese der leistungsfähigeren Firmen bewerkstelligt werden. Die natürlichen Begleiterscheinungen dieser wirtschaftlichen Sanierung werden als soziale und ethische Wirkungen der tariflichen Einrichtungen der Gesamtheit zugute kommen. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen werden sich in der Zeit des Waffenstillstandes, welche den Tarifabschlüssen respektive Revisionen folgt, auf ihre gewerblichen und sozialen Aufgaben besinnen, sie werden einsehen lernen, daß die Verhängung von Aussperrungen und die Organisierung von Streiks nicht der Hauptzweck des kollegialen Zusammenschlusses ist. Die Hebung der Fachbildung, die Pflege des Unterstützungswesens, der Ausbau der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes, das sind Pflichten, denen sich die Arbeiterorganisationen mit immer wachsender Latenz widmen werden, während die Unternehmer zur Hebung der Gewerbe wirksame Reformen anstreben und neue Originalität in den mechanischen Produktionsprozess hineinbringen können.

Eine ehrlich eingehaltene Tarifgemeinschaft muß das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu einem freieren und offeneren gestalten. Nicht erpreßte Forderungen, hinter denen das Mißtrauen lauert, sondern gegenseitiges Entgegenkommen garantieren ein ersprießliches Zusammenwirken, und nur fortschrittlich geregelte Lohnverhältnisse binden den Arbeiter an seinen Beruf. Dort, wo Tarife bestehen, die den Wünschen der Arbeiter Rechnung tragen, fühlen die Beschäftigten sich auch heimisch im Gewerbe, sie suchen durch gute Leistungen und immer tieferes Eindringen in dessen Eigentümlichkeiten in den Beruf dauernd Fuß zu fassen. Das Recht der paritätischen Mitbestimmung verknüpft sie mit dem Schicksal des Gewerbes und nimmt ihnen jene knechtliche Zurückhaltung, welche die Berufe mit einer gedrückten und rechtlosen Arbeiterchaft um so manche wertvolle Anregung aus den Kreisen der Praktiker bringt.

Korrespondenzen.

Zugang nach Hannover, Neu-Muppin und nach Hamburg bei der Firma Mühlmeister & Zoller ist fernzuhalten!

Hannover. Am 7. d. Mts. tagte eine öffentliche Versammlung aller in Buchbindereien und Kartonnagefabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen mit der Tagesordnung: Die Antworten der Prinzipale auf unsere Lohnforderungen und wie stellen wir uns zu denselben.

Schon lange vor Beginn der Versammlung füllten sich die Säle, dicht gedrängt harreten die Anwesenden; ungefähr 1100 Kollegen und Kolleginnen hatten sich eingefunden, um die Resultate entgegen zu nehmen.

Einleitend verlas Kollege Mehrmann zunächst die mit großer Spannung erwarteten Schreiben der drei Geschäftsbücherfabriken: König & Ebhardt, Göler & Kriehle und Oldemeier Nachfolger. Alle drei Firmen antworteten in ablehnendem Sinne. Mit dem Hinweis auf die verschiedenen Arbeitsmethoden und maschinellen Einrichtungen stellten sie die Festlegung eines einheitlichen Akkord- und Lohn tarifs als eine Unmöglichkeit hin. Sie wären aber nicht abgeneigt, etwaige niedrige Löhne und Akkordsätze zu erhöhen, aber nur wollten sie mit ihrem eigenen Personal die Sache regeln. Ferner hatten geantwortet die Firmen W. Kiemeier und B. Lohse. In beiden Geschäften wird schon jetzt

über Tarif bezahlt. Ebenfalls die Firma Willig hat sämtliche Forderungen bewilligt. Scharf kritisiert wurde von Mehrmann das Verhalten der Zinnung, welche es nicht der Mühe wert gehalten hat, zu antworten. Sehr gemühtlich muß es mit der geschäftlichen Leitung der Zinnung ausfallen, denn obwohl der Zinnungsvorstand mit dem Gesellen-ausschuß eine Sitzung hatte, in der einige Zugeständnisse gemacht wurden, waren dieselben aber so unverbindlich für die Meister, da der Vorstand weder vor oder nach der Sitzung eine Versammlung der Mitglieder einberufen hatte. Auch hatten sämtliche Kartonnagefirmen und Buchdruckereien, in denen Buchbinder beschäftigt sind, nicht geantwortet.

Redner erläuterte in eingehender Weise die Vorteile von Tarifvereinbarungen für unser Gewerbe und führt es nur auf die falsche Auffassung der Unternehmer zurück, wenn sie sich so gegen die Festlegung eines einheitlichen Akkordtarifs sträuben, denn nur mit Hilfe der Unternehmer sei es möglich, der von ihnen so verdamnten Schmutzkonkurrenz entgegenzutreten. Nichts soll unverstucht gelassen werden, um die Bewegung auf friedlichem Wege beizulegen, vielleicht sei es möglich durch persönliches Vorsprechen unseres Verbandsvorsitzenden Dietrich die größeren Firmen zu mehr Entgegenkommen zu veranlassen. Wenn aber alles sollte fehlschlagen, so zeigen Sie aber auch, daß Sie hinter den Forderungen stehen, daß Sie alle bereit sind, einmütig für dieselben einzutreten und daß Sie nicht gewillt sind, verschiedene Jahre Mühe und Arbeit so leichten Kaufs aufzugeben. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf ergriff unser Verbandsvorsitzender Dietrich das Wort und führte aus, daß es endlich an der Zeit sei, auch in Hannover eine Regelung der Arbeitsverhältnisse herbeizuführen. Die eingereichten Forderungen seien bescheiden im Verhältnis zu anderen Städten, zum Beispiel in Berlin, zu nennen. Nicht der Übermut, nicht die Lust am Kampfe sei das Leitmotiv zu dieser Bewegung, sondern die aus jahrelanger Erfahrung herausgebildete Erkenntnis, daß die Löhne in Hannover mit den Anforderungen, die das Leben an die Arbeiter und Arbeiterinnen stellt, nicht mehr in Einklang stehen. Ich bin nicht gekommen, so führt Redner weiter aus. Sie zum Streit aufzufordern, Sie in den Streit zu treiben, sondern wünsche selbst, daß die Bewegung auf friedlichem Wege erledigt wird. Wenn aber alle Bemühungen erfolglos, alle Vorstellungen gescheitert sind, und das Bedürfnis nach Ruhe bei den Unternehmern nicht vorhanden ist, dann will ich Sie auch nicht abraten, in den Kampf zu gehen. Dann können wir auch ernstere Saiten aufziehen. Redner schloß unter großem Beifall der Versammlung mit einem Appell an die Anwesenden, im gegebenen Falle einmütig in den Kampf einzutreten.

Das Wort erhielt nun Fräulein Imle-Düffel-dorf, welche mit großem Beifall empfangen wurde. Ihre Ausführungen gingen dahin, daß, wenn die Unternehmer in sozialen Verhältnissen so geschult wären, dann müßten sie einsehen, daß feste Tarifgemeinschaften für beide Teile von Nutzen wären, sie sollen uns über die Launen und Schwankungen des Arbeitsmarktes hinwegsetzen.

Wo geordnete Arbeitsverhältnisse bestehen, da haben auch die Arbeiter mehr Interesse an der Arbeit, sie versuchen erfinderisch tätig zu sein, und so entspringt auch für die Unternehmer wieder Nutzen daraus. Zum Schluß fordert Rednerin die Arbeiterinnen auf, treu zu der Organisation zu halten, dann kann auch dieselbe für sie häuslich eingerichtet werden.

Hierauf wurde folgende Resolution zur Diskussion gestellt:

Die heutige Versammlung erklärt nach Kenntnisnahme des Berichts über die Haltung der Herren Arbeitgeber zu den unterm 12. August d. J. diesen unterbreiteten Forderungen: 1. Die teilweise ablehnende, teilweise vollständig ignorierende Haltung der Herren Prinzipale den beschiedenen Forderungen gegenüber kann selbstverständlich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht befriedigen. Die Versammlung nimmt jedoch an, daß der Mangel an Entgegenkommen seitens der Arbeitgeber nur auf unrichtiger Auffassung derselben gegenüber des von uns Erstrebten zurückzuführen ist.

Die Versammlung erwartet deshalb, daß die Herren Prinzipale nochmals die Forderungen ernstlicher Berücksichtigung unterziehen und ihren endgültigen Bescheid bis morgen, Mittwoch den 9. September, an uns gelangen lassen.

2. Um Mißverständnisse auszuschließen wird betont, daß die in den „Allgemeinen Bestimmungen“ aufgestellten und näher bezeichneten Punkte mit dem 1. Oktober d. J. Gültigkeit bekommen sollen. Der Akkordtarif soll mit dem 1. Januar 1904 in Kraft treten, nachdem derselbe von einer Kommission der Herren Arbeitgeber und einer aus je drei Vertretern der Arbeitnehmer aus den größten hiesigen Geschäftsbücherfabriken zusammengesetzten Kommission nebst dem Vorstand der Zahlstelle gemeinsam durchgeprüft und in den einzelnen Positionen festgelegt ist. Damit noch weiter die Möglichkeit einer friedlichen und raschen Erledigung der Angelegenheit möglich ist, spricht die Versammlung ihr Einverständnis dazu aus, daß der Vorsitzende des Verbandes A. Dietrich aus Stuttgart am morgigen Tage bei den Inhabern der größeren Betriebe persönlich vorstellig wird.

Sollte auch dieses ohne befriedigendes Ergebnis bleiben, so müßte das als Scheitern jeder Bemühung auf friedliche Verständigung anzusehen sein und würden die Versammelten sich veranlaßt sehen, am Ende dieser Woche ihre Kündigung den Herren Arbeitgebern zugehen zu lassen, soweit sie Kündigungsfrist haben.“

In der Diskussion, welche sehr lebhaft geführt wurde, traten sämtliche Redner für entschiedenes Festhalten der eingereichten Forderungen ein. Raden gibt bekannt, daß auch die Kartonnagearbeiter und Arbeiterinnen einmütig für ihre Forderungen eintreten werden. Des weiteren traten einige Redner dafür ein, daß bis zur Einführung des Akkordtarifs 5 Prozent Aufschlag für die jetzt bezahlten Akkordpreise zu zahlen seien, weil dadurch eine schnellere Beratung des Akkordtarifs vor sich gehen würde. Ein diesbezüglicher Antrag, diesen Punkt als Nachtrag der Resolution beizufügen, wurde mit großer Majorität angenommen. — Die Resolution wurde nun mit dem Zusatzantrag unter stürmischem Beifall angenommen.

Die Vorsitzenden der hiesigen Zahlstelle der Stein- und Buchdrucker sprachen ihre Sympathie für unsere Forderungen aus und sicherten uns ihre vollste Unterstützung zu. Der Vorsitzende der hiesigen Buchbinderinnung, der auch anwesend war, wurde aufgefordert, seine Stellungnahme zu den Forderungen klar zu legen. Derselbe gab die Erklärung ab, bindende Zugeständnisse nicht machen zu können, weil er sich erst mit seinen Kollegen in Verbindung setzen müsse, wolle aber, soviel in seinen Kräften stehe, für die aufgestellten Forderungen zu wirken versuchen. Nachdem die nächste öffentliche Versammlung auf Donnerstag den 10. September festgesetzt wurde, welche sich nochmals mit den auf Grund der den Arbeitgebern zugestellten Resolutionen eingelaufenen Antworten beschäftigen soll, erhielt Kollege Dietrich das Schlusswort. Nachmals die Anwesenden in vortrefflichen Worten zur Einigkeit auffordernd, wurde dann die imposante Versammlung mit einem Hoch auf den Deutschen Buchbinder-Verband geschlossen.

— Die am Donnerstag den 10. d. Mts. tagende öffentliche Versammlung beschäftigte sich mit den auf Grund der den Arbeitgebern zugesandten Resolutionen eingelaufenen Antworten.

Noch zahlreicher hatten sich die Kollegen und Kolleginnen eingefunden, und wädhlich, noch keine Bewegung hier am Orte hat solche Wurzel geschlagen wie diese. Aus den kleinsten Buden hatten sich die Kollegen und in noch größerer Anzahl die Kolleginnen in den Verband aufnehmen lassen. Rechnen wir doch jetzt mit einer Mitgliederzahl von über 700.

Zunächst gab Mehrmann die Resultate bekannt, die die Unterredungen unseres Verbandsvorsitzenden Dietrich mit den drei Geschäftsbücherfabrikanten ergeben hatten. Der erste Besuch galt der Firma König & Ebhardt, welcher einige Stunden dauerte. Derselbe war insofern von Erfolg gekrönt, als die Firma die allgemeinen Bestimmungen mit Ausnahme des Prozentausschlags für die jetzt gezahlten Wochenlöhne anerkannte. Mit der Durchberatung des Akkordtarifs war die Firma einverstanden, auch damit, daß zwei außerhalb des Geschäftes stehende

Kommissionsmitglieder daran teilnehmen konnten. Ebenfalls war sie mit dem in Aussicht genommenen Tarifamt einverstanden. Am Mittwoch nachmittag erstattete Dietrich der Firma Edler & Krüger seinen Besuch ab. Auch bei dieser Firma fand er das größte Entgegenkommen, sie erklärte, den Zugeständnissen, die König & Ebhardt mache, wolle sie sich auch nicht verschließen. Erwähnt mag hier ausdrücklich werden, daß beide Firmen, auch nachträglich noch Obemeier Nachfolger, darauf hinwiesen, wir sollten doch zunächst in Drieg, woher die größte Schmutzfonturzen käme, bessere Verhältnisse schaffen, und dann sollten wir zu ihnen kommen. Auch erklärte sich diese Firma damit einverstanden, ihre Zugeständnisse schriftlich zu geben. Dieses Entgegenkommen der beiden Firmen gab nun zu den schönsten Hoffnungen Anlaß. Dieselben sollten aber arg zerstückt werden. Betont muß hier werden, daß Dietrich vor Eintreffen der in letzter öffentlicher Versammlung gefassten Resolution vorstellig wurde. Nachträglich kam die Resolution mit dem Zusatz: bis zur Einführung des neuen Tarifs 5 Prozent Aufschlag auf die jetzt bezahlten Akkordsätze zu fordern. Trotzdem Dietrich am Schlusse seiner Unterredung darauf aufmerksam machte, mit dem Hinweis, darüber würde sich noch reden lassen, erklärten die Firmen nun, ihre Zugeständnisse zurückziehen zu müssen. Mit einem Schlage war die Situation vollständig verändert. Zu unserer größten Ueberschuldung hatten sich sämtliche größeren Firmen vereinigt. Die Prinzipale machten uns nun folgende Vorschläge (die in () gesetzten Zahlen sind unsere gestellten Forderungen): Anfangslohn für männliche Arbeiter: Gehilfen, die eben ihre Lehrzeit beendet 19 Mk. (19); nach einem Jahre 21 Mk. (22,50); Bergolder, Marmorierer, Beschneider 23 Mk. (24); Anfangslohn für Arbeiterinnen: bis ein Jahr nach freier Vereinbarung, nach einem Jahre 9 Mk. (12); Hilfsarbeiter nach dreijähriger Tätigkeit, über 18 Jahre alt: 18 Mk. (20); ebenfalls wurde gestrichen für alle im Wochenlohn stehenden Arbeiter und Arbeiterinnen: 5 Prozent Aufschlag; Ueberstunden: Wochentags 12 Pf., Sonntags 25 Pf. (15 resp. 25); für Arbeiterinnen Wochentags 6 Pf., Sonntags 10 Pf. (8 resp. 12). Ebenfalls sollte mit dem 1. Januar 1904 ein gemeinschaftlich beratener einheitlicher Akkordtarif für die Kontobuchbranche in Kraft treten. Das Tarifamt wurde mit keiner Stimme erwählt.

Des weiteren verlas Mehrmann die eingelaufenen Schreiben. Der Obermeister Behrend der hiesigen Zwangsinnung teilt wiederum mit, daß die Innung noch keine weitere Stellung zu den eingereichten Forderungen genommen hat, weil wieder die Zeit zu kurz war. Bewilligt haben weiter folgende Firmen: Buch- und Steindruckerei von Saab & Kohntraug, Buchdruckerei von A. Harbers, Buch- und Kunstdruckerei von Josef Grütter, Buchbinderei von Fr. Kempter, Hand- und Pressergolbeanstalt von Ferd. Sackje, Großbuchbinderei von Georg Böbler ist nicht abgeneigt, entgegenzukommen, will erst den Bescheid der Innung abwarten, Buchbinderei von Heinrich Feische entschuldigt sich mit Abwesenheit des Chefs.

Mehrmann führt nun des längeren aus, daß wir unter keinen Umständen die von den vereinigten Firmen gemachten Vorschläge annehmen können. Wenn wir auch den Erfolg zu verzeichnen haben, daß sich die größeren Firmen vereinigt haben und nun von Korporation zu Korporation verhandelt wird, so wirken die Zugeständnisse doch wie eine Verhöhnung unserer Forderungen. Ebenfalls spricht Stutenbrock im Sinne Mehrmanns, die Zugeständnisse sind so minimaler Natur, daß sie überhaupt keine Verbesserungen aufweisen, weil dieselben durchschnittlich hier am Orte schon jetzt bezahlt werden. Redner kritisiert auch scharf das Verhalten des Obermeisters Behrend, der in der vorigen Versammlung die Erklärung abgab, bei der Innung für die Forderungen wirken zu wollen, am anderen Tage aber seine Gehilfen andonnerte, „ob sie auch mitstreifen wollten“. Nun ergriff Kollege Harber das Wort und führte aus: Er wolle mal die Rehrseite der Ausführungen des Vorredners beleuchten, er bitte die Anwesenden im Interesse der Tarifgemeinschaft, die uns jetzt angeboten wird, die Vorschläge der vereinigten Firmen anzunehmen. (Große Unruhe. Rufe: Niemals!) Wenn auch die Zugeständnisse sehr minimaler Natur seien, so stecke

doch ein guter Kern darin: die Tarifgemeinschaft. Auf Grund der Forderungen wolle man doch mit den Firmen verhandeln, und wer verhandeln will, der muß auch mit der Absicht in Unterhandlung treten, daß er etwas von seinen Forderungen ablasse, von diesen Gesichtspunkten aus ist zwischen dem Angeboten und unseren ersten Forderungen keine so große Differenz. (Große Unruhe. Rufe: Schluss! Der überwachende Beamte macht den Vorsitzenden darauf aufmerksam, bei weiterer Unruhe die Versammlung aufzulösen.) Sämtliche Tarifgemeinschaften anderer Gewerkschaften haben sich nur langsam entwickeln können. Wenn wir nun auch in unserem Beruf dieselbe begründen wollen und nicht auseinanderreiben, so lassen Sie uns die Sätze annehmen! (Beizelzter Beifall.)

In der nun folgenden Diskussion, an der sich die Kollegen Schildbach-Düsseldorf, Nicolai, Schäder, Freiholz, Greve, Sorge, Kornacker, Weidemüller, Hartmann, Manele und Frike beteiligten, traten sämtliche Redner für die aufgestellten Forderungen ein. Raden führt aus, daß die Kartonnagefabrikanten wiederum nicht geantwortet hätten. Die Firma Diekopf, bei der persönlich verhandelt wurde, ist nicht zu einem Entgegenkommen zu bewegen. Die beste Antwort von uns sei am Sonnabend die Kündigung.

Verschiedene Anträge, den Prozentausschlag für die Akkordsätze fallen zu lassen, wurden abgelehnt. Ebenfalls der Antrag, falls der Akkordtarif bis zum 1. Januar 1904 nicht zur Einführung gelangt, dann erst die 5 Prozent Aufschlag für Akkordsätze zu verlangen. Eine Resolution von Fräulein Jmle, den Akkordtarif schon bis zum 1. November zur Einführung zu verlangen, widrigenfalls von der Zeit ab die Prozentausschläge zu verlangen, wird ebenfalls abgelehnt.

Nun wird mit allen gegen 1 Stimme beschlossen, bei all den Firmen, die nicht bewilligt haben, am Freitag respektive am Sonnabend die Kündigung einzureichen. (Braufender Beifall.)

In seinem Schlusswort führt Mehrmann aus, daß die jetzige Bewegung ein Prüfflein sein wird für unsere Organisation und ermächtigt die Anwesenden, keinen ungeseglichen Einfluß auf andere auszuüben. Jeder müsse nach eigenem Gewissen handeln, dann können wir uns auch auf alle, die sich zu der Kündigung bereit erklären, verlassen.

Berlin. Am 7. September fand eine zahlreich besuchte öffentliche Versammlung aller in Kontobuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, welche sich mit der Lohnbewegung beschäftigte. Der Referent, Kollege Wagner, führte etwa folgendes aus: Als am 1. Juli der Tarif nebst Vorwort den Prinzipalen eingereicht wurde, habe man allseitig die schönsten Hoffnungen gehabt, doch sei die Geduld aller auf eine harte Probe gestellt worden, da die Prinzipale längere Zeit nichts von sich hören ließen. Als dann endlich nach sechs Wochen die Antwort einlief, daß man es ablehne, eine Lohnerhöhung eintreten zu lassen und der Tarif nicht zur Einführung gelangen könne, da er den Verhältnissen in der Branche nicht entspreche, war man einigermaßen enttäuscht. Doch erklärten sich die Prinzipale bereit, in Verhandlungen einzutreten und wurde die Hoffnung ausgedrückt, daß sich auch diesmal die Sache auf friedlichem Wege regeln lassen werde. Wir sagten uns nun anfangs, daß es eigentlich unnütz sei, überhaupt mit den Herren zu verhandeln, da dieselben ja doch nichts bewilligen wollten. Doch um nichts zu einer Beireitwilligkeit zu verhandeln und ersuchten um Anberaumung einer gemeinschaftlichen Sitzung, welche dann auch einberufen wurde. Doch aus dieser einen Sitzung wurden drei und erklärten sich die Prinzipale bereit, vom 1. Oktober ab folgende geringen Zugeständnisse zu machen: Der Minimallohn für Buchbinder wird von 44 auf 46 Pf. erhöht, für Ausgelernte bis einem Jahre nach beendeter Lehre von 40 auf 41 Pf., für geübte Arbeiterinnen von 24 auf 26 Pf. Für ungeübte Arbeiterinnen gelten die ersten vier Wochen als Probezeit, Lohn nach Vereinbarung, nachdem vom 2. bis 6. Monat 17, vom 7. bis 9. Monat 20, vom 10. bis 12. Monat 23 und nach dem 12. Monat 26 Pf. pro Stunde; für Spezialarbeiter und Arbeiterinnen wurde eine Erhöhung der seitherigen Löhne abgelehnt. Für

Überstunden wurden folgende Sätze festgesetzt: Für männliche Arbeiter Wochentags 15, Sonntags 22 Pf., für weibliche Arbeiter Wochentags 10, Sonntags 15 Pf. Zuschlag, ferner ist bei einer über 1 1/2 Stunden währenden Überzeitarbeit 1/4 Stunde Pause zu gewähren und zu vergüten. Bei Arbeiten, welche außer dem Hause angefertigt werden, ist zum Lohne des betreffenden Arbeiters ein Zuschlag von 5 Pf. pro Stunde zu zahlen. Ferner wurden unsere Anträge betreffend das Tariffchiedsgericht gut geheissen. — Redner erklärt, daß von den Prinzipalen auf friedlichem Wege jedenfalls nicht mehr zu erreichen sei und ersucht in Anbetracht der ungünstigen Konjunktur die Versammlung um ihre Zustimmung zu den Bewilligungen. Ferner beantragt er folgende Resolution anzunehmen:

Die am 7. September tagende, zahlreich besuchte Versammlung aller in Kontobuchfabriken beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt den Bericht der Tariffkommission über stattgefundene Verhandlungen mit den Prinzipalen entgegen. Dieselbe bedauert auf das lebhafteste, daß die Prinzipale nicht die so minimal gehaltenen Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen anerkennen. Nur durch die ungünstige Konjunktur veranlaßt, erklären die Versammelten den Abmachungen zuzustimmen.

Die Anwesenden verpflichten sich für den Ausbau des Verbandes tätig zu sein und nicht eher zu ruhen, bis auch der letzte Kollege und Kollegin der Organisation angehört.

Des weitern ersuchen die Anwesenden den Verbandsvorstand, um den hiesigen Prinzipalen den Hinweis auf die auswärtige Konkurrenz zu nehmen, dafür zu sorgen, daß überall da, wo Kontobuchfabriken bestehen, starke Zahlstellen unseres Verbandes geschaffen werden. Nur dann wird es möglich sein, unseren Forderungen voll und ganz Geltung zu verschaffen.

Bei der nun folgenden lebhaften Diskussion sprechen sich auch mehrere Redner gegen die Annahme der Abmachungen aus, doch werden dieselben schließlich gegen die Stimmen einer starken Minorität gutgeheissen. Ferner wurde beschlossen, an die zu gleicher Stunde versammelten Hannoverschen Kollegen, ein Zustimmungstelegramm abzufenden. Bei der Wahl zum Schiedsgericht werden Wagner, Müller und Ruff, als Stellvertreter Heynisch gewählt. Nachdem noch verschiedene in den Werkstuben bestehende Mißstände erörtert waren, erfolgte Schluß der impopulanten Versammlung.

Berlin. Die Versammlung vom 9. August ehrte das Andenken des verstorbenen Mitglieds Boguzki in der üblichen Weise.

Hante und Schmitz befrworteten alsdann, den Vortrag ausfallen zu lassen und dafür den gegenwärtigen Stand der Tarifbewegung zu erörtern, jedoch wies Thielemann auf die schwach besuchte Versammlung hin, auf Grund dessen eine Änderung der Tagesordnung nicht rätlich erscheine. Es wurde demgemäß beschlossen und Herr Grempe hielt darauf seinen sehr lehrreichen Vortrag.

Nachdem wurde der Antrag der Ortsverwaltung, den Grimmitzshauer Webern 100 Mk. zu bewilligen, angenommen. — Hante beantragt, eventuell in einer außerordentlichen Generalversammlung Dr. Friedberg zu hören über die von ihm propagierte Idee des Generalstreiks. Weiter kommt Redner zu dem Schluß, daß der paritätische Arbeitsnachweis seine Obliegenheiten nicht erfüllen. Hierzu sprechen Klar, Wilhelm, Lustig. Der Antrag wird abgelehnt, angenommen jedoch, die Angelegenheit der Ortsverwaltung zu überweisen, ebenso eine Anregung Thielemanns, welcher Hante vorwirft, daß sein persönliches Verhalten nicht mit dem so energischen Eintreten für den Tarif übereinstimme, da er sich angeblich bei einer Firma angeboten habe, Überstunden und Sonntagsarbeit ohne Prozentzuschlag zu verrichten. Der angeschuldigte Hante hält das für Verleumdungen, man wolle ihm hinterher noch etwas aufhängen. Klar wünscht Aufklärung darüber, er glaubt nicht an eine unsympathische Haltung der Werkstubenführung; wer radikal ist, soll es durch die Tat beweisen, nicht bloß in Worten. — Schmitz fragt an, ob dem früheren Kollegen Pitacco eine größere Summe Geldes bei Gründung seines Geschäftes geliehen worden sei. Bergmann weist solche nicht ernst zu nehmende Gerüchte zurück; beginnigst werde niemand, ein durch Krankheit oder sonst in

Not geratener Kollege werde bei Erfüllung seiner sonstigen Verpflichtungen unterstützt und oft erhalte man bei solchen Gesuchen Angaben, die späterhin sich nicht der Wahrheit gemäß erweisen. Im vorliegenden Falle sei die Summe vollständig zurückgezahlt. Klar fällt es auf, wie gegen die Ortsverwaltung gearbeitet wird. Es berührt peinlich, wenn immer wieder nicht berechtigte Vorwürfe erhoben werden, alle unmöglichen an anderer Stelle anzubringenden Angelegenheiten verquittet werden und dann die Ortsverwaltung dafür verantwortlich gemacht wird. Schmitz will nochmals seinen Gewährsmann ins Gebet nehmen, um Aufklärung in die Sache zu bringen. Hierzu sprachen noch Thielemann, Scholz und Hante.

Mitona. Am 12. d. M. sprach unser Verbandsvorsitzender Dietrich in einer öffentlichen Versammlung über Zweck und Nutzen der Tarifvereinbarungen.

Es war eine glänzend besuchte Versammlung, wie wir sie hier am Orte seit dem Jahre 1896 nicht wieder gehabt haben. Kollege Dietrich wußte in seinem einständigen Vortrag in packender und fesselnder Weise uns von der Zweckmäßigkeit der Tarifgemeinschaft zu überzeugen. Er schilderte ferner den ganzen Werdegang des Verbandes, der aus bescheidenen Anfängen heraus sich in den Jahren zu einer machtgebietenden Organisation entwickelt hat. An den Kollegen und Kolleginnen selbst liegt es nun, sich dieses Machtmittels zu bedienen, sich in den Verband aufnehmen zu lassen, um mit Hilfe des Verbandes bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen und durch Tarifvereinbarungen mit den Prinzipalen diese sich auch zu erhalten wissen. Dietrich wendete sich dann noch speziell an die in überwiegender Mehrzahl anwesenden Kolleginnen. Er führte an, daß sie gerade an unserem Orte, wenn geschlossen dem Verband angehörig, der ausschlaggebende Faktor seien. Um feste Arbeitsbedingungen am Orte tariflich festzulegen, müßten die Berufsangehörigen geschlossen dem Deutschen Buchbinderverband beitreten. Reicher Beifall lohnte die trefflichen, zu Herzen gehende Ausführungen des Redners.

Als nächster Redner weist Reuß dann nochmals auf die Notwendigkeit, sich zu organisieren, hin, um geschlossen dann für Aufrechterhaltung der tariflichen Vereinbarungen von 1896 und 1900 hier am Orte zu arbeiten. Diese Vereinbarungen auf alle am Orte befindlichen Geschäfte auszudehnen und das früher Errungene wieder zu gewinnen, zu verbessern, soll unsere nächste Aufgabe sein. In alle Betriebe soll hineingeleuchtet und für die Tarifgemeinschaft agitiert werden. Reuß forderte dann nochmals auf, für die Ausbreitung des Verbandes zu agitieren, wenn es die Kollegen ernst nehmen mit der Verbesserung ihrer Lebenslage.

Unser Gauvorsitzender Büch aus Hamburg fordert dann noch in kurzen Worten die Anwesenden auf, die Gleichgültigkeit, die dem Verband gegenüber in den letzten beiden Jahren geherrscht habe, ganz abzuzweifeln. Diese Gleichgültigkeit wäre schuld daran gewesen, daß von unseren Abmachungen vom Jahre 1896 und 1900 Abzüge stattfanden. Nur durch eine stramme Organisation sei es möglich, das Verlorene einzuholen und Besseres hinzuzufügen. Wenn dann der Ruf an die Kollegen ergeht, in die Bewegung einzutreten, dann müsse jeder seinen Mann stellen. Kollege Wilhelm schloß dann als Leiter der Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf den Verband die Versammlung. — Wir hatten etwa 60 Neuaufnahmen zu verzeichnen.

Kassel. In unserer öffentlichen Versammlung vom 25. August sprach Fräulein Jmle über Tarifgemeinschaften in den deutschen Gewerkschaften, mit besonderer Berücksichtigung der der Buchbinder. Rednerin erläuterte den Anwesenden, welchen Wert korporative Arbeitsverträge für beide Parteien, namentlich aber für die Arbeiter haben, wofür treffende Beweise die Buchdrucker liefern, sowie auch die tariflichen Abschlüsse der Buchbinder in Berlin, Leipzig und Stuttgart. In letzteren Städten seien vor einigen Jahren im Buchbindergewerbe die Lohnverhältnisse auch noch recht traurige gewesen, aber dank dem festen Zusammenhalt der dortigen Kollegen und der Organisation konnten die Lebensbedingungen der Kollegen wesentlich gebessert werden. Gleiches sei auch für die kleinen Städte möglich, wozu aber auch ein gleiches ge-

schlossenes Vorgehen, und deshalb eine Organisation der Kollegen notwendig sei. Würde das auch in Kassel geschehen, so könnten auch hier geordnete Arbeitsverhältnisse eingeführt werden. Rednerin erläuterte noch die sonstigen Vorteile, die die Gewerkschaften ihren Mitgliedern bieten und richtete sodann zum Schluß an alle Nichtorganisierten die dringende Bitte, sich doch dem Buchbinderverbande anzuschließen, denn nur durch gemeinsames Zusammenwirken, ohne Unterschied religiöser und politischer Anschauungen, könne der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiete Verbesserungen erlangen.

An der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die ebenfalls Zweck und Nutzen unseres Verbandes besprachen und zum Eintritt aufforderten. Dieser Aufforderung kamen auch mehrere Unorganisierte nach. Mit einem begeisterten Hoch auf den Verband wurde hierauf die Versammlung geschlossen.

Heilbronn. Am Samstag den 12. September fand hier eine öffentliche Buchbinderversammlung statt, in welcher Kollege Gauweisen über „Die Bestrebungen unserer Berufs-Kollegen und -Kolleginnen zur Verbesserung ihrer Lage“ referierte. Ausgehend von den Lohnbewegungen im Jahre 1896 und 1900 schilderte er eingehend die heurigen Tarif- und Lohnbewegungen und führte den Anwesenden die auch in diesem Jahre erzielten Erfolge vor Augen. Er spornte die etwa 60 erschienenen Kollegen an, nun auch in Heilbronn endlich daran zu gehen, daß die Verhältnisse bessere würden. Wenn auch die neunstündige Arbeitszeit fast allgemein durchgeführt wäre, so sei doch die Entlohnung bei den meisten Kollegen und Kolleginnen eine solche, die es ihnen nicht gestatte, ein menschenwürdiges Leben zu führen. Wie unsere Bräutigamgehörigen an denjenigen Orten, wo der Verband die Mehrzahl der Kollegen umfaßt, schöne Erfolge erzielt haben, sei es auch hier möglich bessere Zustände zu schaffen, wenn nur endlich sich die Heilbronner Buchbinder aufrufen und dem Verband sich anschließen würden.

In der sich an das Referat anschließenden, äußerst lebhaften Diskussion kamen die Mißstände in einzelnen Werkstuben zum Vorschein. Insbesondere wurde eine Firma wegen der äußerst schlechten Entlohnung ihrer Buchbindergehilfen scharf angegriffen und die Schaffung besserer Entlohnungsverhältnisse gefordert. In einer von der Versammlung angenommenen Resolution wurde den Ausführungen des Referenten beigegeben und der Zahlstellenvorstand beauftragt, Mittel und Wege zu ergreifen, damit eine den Löhnerverhältnissen entsprechende Entlohnung Platz greife.

An den Heilbronner Kollegen und Kolleginnen, insbesondere an denjenigen der größten Betriebe, wird es nun liegen, den Zahlstellenvorstand in seinen Arbeiten nach besten Kräften dadurch zu unterstützen, daß sie endlich ihre Lauheit abstreifen und tätige, treue Verbandsmitglieder werden. Die sonst mit einem so lebhaften Temperament begabten Heilbronner mögen einmal beweisen, daß der Vorwurf, sie seien Schmutzkonturrenten der Mitkollegen in größeren Städten, insbesondere derjenigen der Geschäftsbücherbranche, zunichte wird.

München. In einer am Samstag den 12. September stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung, welche sehr stark besucht war, stand die Frage der Tarifbewegung in München auf der Tagesordnung. Die Verhältnisse in unserem Berufe haben sich seit der letzten Lohnbewegung ganz gewaltig verschlechtert, sogar in den Werkstuben, wo die Forderungen genehmigt wurden, sind die Löhne und die Arbeitszeit wieder ganz erheblich gesunken. 18 Mk. und mehr bilden bald die Ausnahme, dagegen ist der hier von den Meistern übliche Lohn 15, 16 und 17 Mk. bei zehn-, ja noch elfstündiger Arbeitszeit. Für Überstunden gibt es größtenteils keine Prozentzuschläge, Feiertage werden nicht bezahlt. Die Befandlung in einigen Geschäften ist hundsgemein, kam es doch vor, daß vor etlichen Wochen solch ein kleiner Scharfmacher, Inhaber einer sogenannten Kunstgewerblichen Buchbinderei, einen Arbeiter, der nicht gutwillig wie ein Lamm alles hinnahm was ihm der Meister zumutete, mit der Hundspitze hinausgejagt wurde. Die öffentliche Versammlung am 19. September wird noch andere Dinge ans Tageslicht bringen, und wird dann darüber berichtet werden.

Als das hier Angeführte, schlechter Lohn, miserable Behandlung usw., sollte man meinen, müßte die Kollegen doch der Organisation zutreiben, um solche Zustände durch diese zu beseitigen. Doch keine Spur davon. Die Mehrzahl der hiesigen Kollegen hat sich den allerdings schönen Grundsatz: *Mei Ruah will i hab'n!* gestellt, denn nach dem Bericht des Vorsitzenden der Lohnkommission fanden acht Bezirks-, zwei Werkstuben- und eine Vertrauensmännerversammlung statt, welche außerordentlich gut besucht waren — jedoch nur von der Lohnkommission. Die Kollegen und Kolleginnen hatten es, dank ihrer Aufgeklärtheit, nicht nötig zu erscheinen. Die Kollegen, welche kamen, hatten gut-bezahlte Posten, und so war es der Kommission unmöglich gemacht, schon in den Werkstubenversammlungen die Stimmung der Kollegen kennen zu lernen. Den Bezirks- und Werkstubenversammlungen ging eine Vertrauensmänner Sitzung voran, zu der 50 Kollegen eingeladen wurden, erschienen waren ganze 20 Mann, einschließlich der Kommission und des Vorstandes. Gewiß ermunternd zur weiteren Arbeit! Diese Versammlung war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und alle Anwesenden erkannten die Notwendigkeit der Aufstellung von Forderungen an, welche aufzustellen der Kommission überlassen wurde. Daraus wurden 8 Bezirksversammlungen mit im ganzen 80 Werkstuben, in denen zirka 200 Kollegen und ebensoviel, wenn nicht mehr Kolleginnen arbeiten, abgehalten. In jeder der abgehaltenen Versammlungen waren jedoch nur 6, 8, 10 Mann erschienen, in einer einzigen waren es 20 Kollegen und 2 Kolleginnen, jedoch wieder nur organisierte. Einige konnten überhaupt nicht stattfinden, weil nur 1 Kollege von 14 Werkstuben und 5 Kollegen von 11 Werkstuben erschienen waren. Trotzdem wurden uns krasse Mißstände, wie sie oben angeführt sind, bekannt. In den Versammlungen lautete das Thema: *Wie stellen wir uns zur Lohn- und Tarifbewegung?* Es wurde versucht, die wenigen Anwesenden von der Notwendigkeit eines Vorgehens zu überzeugen, was auch allseitig für notwendig erachtet wurde. In den zwei größten Werkstuben, Oldenbourg und Grimm, wurden Werkstubenversammlungen abgehalten und je eine Kommission gewählt, welche für strikte Einführung des Leipziger Tarifs eintreten soll. Besonders Pflicht der Kollegen bei Oldenbourg ist es, dies zu tun, da Herr Kommerzienrat Oldenbourg im Arbeitgeberverband ist, ebenfalls ist bei Grimm der Minimallohn und der Tarif einzuführen. Von den 80 Geschäften bezahlen 12 den Minimallohn, und von den anderen, welche noch zu Versammlungen gezogen wurden, werden es auch nicht allzuvielen sein. Minimallohn und darüber wird meistens nur in Druckereien bezahlt.

Dies wäre so ungefähr das Bild, welches in der Versammlung entrollt wurde. Die Kommission schlug vor, in all den Geschäften, wo der Minimallohn nicht bezahlt und die neunstündige Arbeitszeit nicht besteht, vorstellig zu werden. Von einer allgemeinen Bewegung ist abzusehen.

In der nun folgenden Diskussion, welche sich im zustimmenden Sinne zu den Vorschlägen der Lohnkommission bewegte, sprachen sich sämtliche Redner lebhaft über den schlechten Besuch der Werkstubenversammlungen aus und eiferten die zahlreich Anwesenden an, wenigstens jetzt recht kräftig mitzuarbeiten, um die Verhältnisse zu bessern. Kollege Dalbritter fand mit seiner Ansicht, daß die gewerkschaftliche Bewegung allein nichts machen könne, keinen Anklang. Eine von der Lohnkommission eingebrachte Resolution wurde zur öffentlichen Versammlung zurückgestellt.

Hierauf wurde der wegen Krankheit nach Wien reisenden Kollegin Zupancig, welche schon lange Zeit krank ist, 12 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. Schuhmacher macht auf die Bestrebungen der Innungsmeister, das Buchbindergewerbe zum Saisongewerbe zu stempeln, aufmerksam; es soll nach der Bewegung eine Protestversammlung arrangiert werden. Zaska fordert zum Eintritt in die Zentralkrankenkasse auf. Hierauf erfolgte Schluß der von gutem Geiste besetzten Versammlung.

Kollegen und Kolleginnen! Daß in diesem Bericht Angeführte, über die schlechten Löhne usw., sollte euch doch die Augen öffnen, um endlich einzusehen, daß solch elende Zustände abgeschafft werden müssen. Verfallt nicht wieder in die altegeohnte Lethargie

zurück. Lassen wir uns dies nicht mehr bieten. Tretet zusammen, in geschlossener Masse muß den Herren Meistern gezeigt werden, daß auch die Münchener Buchbinder tatkräftig sind, wenn sie auch lange geschlafen haben. Sorgt für demonstrativen Besuch der öffentlichen Versammlung am 19. September in den Zentralfällen, in der Kollege Dietrich aus Stuttgart spricht. Jeder Kollege bringe einen Kollegen oder eine Kollegin mit. Dort werden wir über die weiteren Schritte beraten. Darum auf in die öffentliche Versammlung.

Bundschau.

* In die Kontobucharbeiterbewegung in Hannover erhalten unsere Leser heute einen recht anschaulichen Einblick durch die ausführlichen Versammlungsberichte, auf die wir an dieser Stelle noch besonders aufmerksam machen möchten. Zu ergänzen wäre noch, daß nach dem nunmehrigen Scheitern der Verhandlungen am Sonnabend zirka 700 Arbeiter und Arbeiterinnen die Kündigung eingereicht haben. Wenn es also innerhalb der Kündigungsfrist nicht doch noch zu einer Einigung kommt, so ist in acht Tagen ein größerer Ausstand in Hannover perfekt.

* Der Verband deutscher Buchbindereibesitzer wird, wie wir dem „Leipziger Tageblatt“ entnehmen, am 11. Oktober im Buchgewerbehaus in Leipzig seine diesjährige Hauptversammlung abhalten. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Bericht über die Lohnbewegung im Buchbinder-gewerbe, ferner werden die üblichen Kassenabrechnungen gegeben.

* Über den Jahresbericht der Leipziger Buchbindereiarbeitsgemeinschaft vormalig Gustav Frißche entnehmen wir den „Leipziger Neuesten Nachrichten“: „Der dem Aufsichtsrat vorgelegte Abschluß per 31. Mai d. J. ergibt nach reichlichen Abschreibungen einen Nettogewinn von 64956 Mk., welcher nach Dotierung des gesetzlichen Reservefonds und nach Abzug der Lantime und Gratifikationen mit 49709 Mk. auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Da eine Schwächung der Betriebsmittel schon im Hinblick auf die neu aufzunehmene Fabrikation von Rollfilmpackungen (? D. R.) nicht wünschenswert erscheint, wird beabsichtigt, von der Verteilung einer Dividende für das Geschäftsjahr 1902/03 abzusehen. Der Gewinnvortrag aus dem vorigen Jahre soll zur Rückstellung auf Debitorenkonto Verwendung finden.“

Und über die von uns schon in letzter Nummer gemeldete Vereinigung der Firmen Frißche und Waumbach & Co. schreibt dieselbe Zeitung: „Während der Feststellung des Jahresberichtes sind Unterhandlungen über den Ankauf der Firma Vereinigte Dampfbuchbindereien Waumbach & Co., G. m. b. H., geführt worden, die nunmehr zu einem positiven Resultat geführt haben. Die Firma Vereinigte Dampfbuchbindereien Waumbach & Co., G. m. b. H., ist mit dem 7. September d. J. in den Besitz der Leipziger Buchbindereiarbeitsgemeinschaft vormalig Frißche übergegangen. Die dadurch herbeigeführte beträchtliche Erweiterung des Betriebes und die Vereinigung der beiden Firmen, die einen weiteren Konkurrenzkampf gegeneinander also ausschließt, läßt für die Zukunft günstige Geschäftsergebnisse erwarten. Der bisherige Leiter der Vereinigten Dampfbuchbindereien Waumbach & Co., G. m. b. H., Herr Max Waumbach, ist in das Direktorium der Leipziger Buchbindereiarbeitsgemeinschaft vormalig Gustav Frißche eingetreten.“

Für die Arbeiter dieser vereinigten Firmen entfällt schließlich doch die Gefahr, daß mancher von ihnen nach Weihnachten arbeitslos werden könnte.

* Der Neu-Ruppiner Bürgermeister, der die spaßige Idee ausgeheckt hat, unsere streikenden Kollegen mit Androhung eines Strafmandats in Höhe von 60 Mk. zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, hat, wie wir nachträglich noch hören, diese Strafe auf 30 Mk. erniedrigen wollen. Der Mann läßt also mit sich handeln. Den gewünschten Zweck hat diese bürgermeisterliche Staatsritterei bekanntlich nicht gehabt.

* Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1902. Das „Korrespondenzblatt der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht in Nr. 34 eine Statistik der deutschen Gewerkschaftskartelle. Am Schluß des Jahres 1902 bestanden danach 393 Gewerkschaftskartelle, von denen 365 an der Statistik beteiligt sind. Den 365 Kartellen gehören insgesamt 4742 Organisationen mit 614722 Mitgliedern an, gegen 3995 Organisationen mit 481718 Mitgliedern im Jahre 1901. Die größere Zahl der Organisationen, sowie auch der Mitglieder ist zum Teile darauf zurückzuführen, daß Kartelle hinzugekommen sind, die für 1901 nicht berichtet hatten, und zum Teil auf das Anwachsen einzelner Kartelle.

Den Kartellen liegt neben der Agitation für Ausbreitung der Gewerkschaften und Schaffung der allen Organisationen dienenden Einrichtungen auch die Verpflichtung ob, alle Vorgänge im gewerkschaftlichen Leben an Orte zu registrieren. Nach den eingelaufenen Berichten besaßen ein Gewerkschaftshaus 19 Orte; Zentralarbeitsnachweise sind in 8 Orten vorhanden. Ein Auskunfts-bureau unterhalten 3 Kartelle, einen Versammlungssaal 77, eine Zentralherberge 29, eine gemeinsame Bibliothek 165, ein Lesezimmer nur 24 Kartelle. Weiter beteiligten sich eine ganze Anzahl von Kartellen an öffentlichen Vorträgen, Vortragskursen, Volksvorstellungen, Ferienkolonien, Wärmehallen, Arbeitslorenzählungen usw. Die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle ist damit noch lange nicht erschöpft. Der Förderung des Arbeiterschutzes widmen die Kartelle weitgehendste Unterstützung. Betreiben der Agitation unter den Arbeitern, Unterstützung von Arbeitersekretariaten sind Punkte, denen die Gewerkschaftskartelle ebenfalls ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

* Krankheit schließt die gesetzliche Kündigungsfrist nicht aus, so entschied unlängst das Kasseler Gewerbegericht. Der Buchbindermeister Meißner klagte gegen die lithographische Kunstanstalt Grünbaum auf wöchentlich 20 Mk. Entschädigung bis zu seiner völlig erzielten Erwerbsfähigkeit. — Kläger wurde auf eine Offerte der Firma hin als Werkmeister mit einem Wochenlohn von 32 Mk. engagiert. Er trat in diese Stellung ein und erhielt die Buchbinderabteilung zugewiesen, wurde auch dem anderen Werkmeister als Kollege von Grünbaum vorgestellt. Scheinbar ist aber die Einstellung des Klägers erfolgt, um dem anderen Werkmeister die Stellung zu verkleiden, denn dieser trat bald darauf aus und mußte nun der Kläger den Betrieb ganz allein übernehmen, sowie auch die Lohnlisten führen usw. Später ist dem Kläger ein neu eingestellter Werkmeister beigeordnet worden, welcher, mit den Einzelheiten des Betriebs nicht vertraut, den Kläger bat, die größere Verantwortung zu übernehmen. Kläger erlitt einen Unfall, erhielt die erste Woche 12 Mk. Krankengeld und von der Firma 20 Mk. hinzugezahlt, in der zweiten Woche wurden ihm aber die 20 Mk. verweigert und er auf einmal nicht mehr als Werkmeister betrachtet. Grünbaum leugnet, den Kläger als Werkmeister engagiert zu haben, auch sei derselbe völlig unfähig dazu. Der § 133a der Gewerbeordnung sei auf ihn nicht anwendbar. Er sei nur als gewöhnlicher Borarbeiter beschäftigt, er sei auch nicht monatlich, sondern wöchentlich entlohnt worden. Da er am 5. August die Arbeit nicht aufgenommen habe, sei er laut der Fabrikordnung nach 24 Stunden ordnungsmäßig entlassen. Zwei Werkmeister bei Grünbaum, als Zeugen vernommen, müssen zugeben, daß Kläger als Werkmeister fungierte. Kläger legt dem Gericht seine Werkmeisterzeugnisse vor. Ein Vergleichsvorschlag wird von der Firma rundweg abgeschlagen. Es ergeht daher Urteil: Grünbaum hat an den Kläger alles in allem 80 Mk. zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreits zu tragen.

Achtung!
Zahlstellen und Einzelmitglieder des Ruhrbezirks.

Sonntag den 27. September findet in Wülpeim a. d. Ruhr im Anschluß an eine vormittags 11 Uhr beginnende „öffentliche Buchbinderversammlung“ im Lokal Bog, Böhrstraße 16, nachmittags 1/3 Uhr eine Konferenz der interessierten Zahlstellen und Einzelmitglieder statt, in der über vorzunehmende Agitation, Unterstützung und Kräftigung der bestehenden Zahlstellen und Errichtung eines Zentralarbeitsnachweises für den in Betracht kommenden Bezirk beraten und Beschluß gefaßt werden soll.

Da die Ausbreitung unseres Verbandes im Verhältnis zu den im Beruf Beschäftigten eine viel zu geringe ist, so ersuchen wir die Zahlstellen und Einzelmitglieder, so zahlreich wie möglich zu erscheinen. Bahnfahrt bis Mülheim-Eppinghofen. Vorherige Anmeldungen an Franz Hoffmann, Mülheim-Ruhr, Notweg 55, erbeten.

Für die Zahlstellen
Essen-Ruhr und Duisburg-Ruhrort:
D. F. Carstch, Essen.

Briefkasten.

Zurückgestellt: Korrespondenz Dresden.

Anzeigenfeil.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse
der Buchbinder etc. (Eingef. Hilsf. sk.) Sitz Leipzig.
514] [1.60

Verwaltungsstelle Augsburg.

Am 14. September verstarb nach langem Leiden
unser langjähriges Mitglied

Herr Hermann Bayerlander

im Alter von 85 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Augsburg.

Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 14. September unser Mitglied
515] [1.10

Hermann Bayerlander

im Alter von 85 Jahren verschieden ist.

515]

Der Vorstand.

Nachruf.

Am Sonnabend den 12. September starb an
der Proletariatskrankheit unser Mitglied, der Kollege

Emil Berthold

im Alter von 28 Jahren.

516]

Ehre seinem Andenken!

Zahlstelle Bielefeld. [1.20

Zahlstelle Berlin.

Sonntag den 11. Oktober

Zwei Urania-Vorstellungen

in der „Urania“, Taubenstraße 48/49.

Vortragsthema wird in nächster Nummer bekannt gemacht. 517] [2.10

Anfang der ersten Vorstellung präzis 2 Uhr.

Anfang der zweiten Vorstellung präzis 5 Uhr.

Eröffnung der Physikfäle eine Stunde vorher.

Billetts à 60 Pf. inkl. Garderobe sind in den Zahlstellen, bei den Werkstuben-Vertrauenspersonen und in unserem Bureau zu haben.

Die Ortsverwaltung.

Billetts à 10 Pf. zum Kaiserpanorama (Passage) und Billetts à 75 Pf. zur Sternwarte in Treptow sind stets im Bureau vorrätig. D. D.

Unserem werten Kollegen, früheren Kassierer

Heinrich Hover

zu seinem Umzug nach Meerßen ein donnerndes

518]

„Papp Heil!“

Zahlstelle Krefeld. [1.70

Unserem Kollegen und Kassierer

Christian Schäfer

zu seiner Vermählung die

„Herzlichsten Glückwünsche!“

519]

Zahlstelle Reutlingen. [0.70

Zahlstelle Stuttgart.

Samstag den 19. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Saal 8

Mitglieder-Versammlung.

520]

Tagesordnung:

- 1. Wie werden die neuen Vereinbarungen eingehalten? (Bericht der Vertrauensleute.) [2.00
- 2. Bericht von der Leipziger Konferenz.
- 3. Verschiedenes und Fragetafeln.

Die Mitglieder werden ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen und eventuelles Nichterhalten des Tarifs dafelbst vorzubringen.

Der Vorstand.

Zahlstelle Frankfurt a. Main.

Sonntag den 4. Oktober, im großen Saale des „Gewerkschaftshause“, Schwimmbad 8/10 und Stolzestraße 18/15, I. Stock [2.40

17. Stiftungsfest, bestehend in Konzert, Theater, . . . komischen Vorträgen und Tanz,

wozu wir besonders die werten Kollegen unseres Gauß freundlichst einladen.

Anfang 6 Uhr. — Eintritt 25 Pf.

521]

Der Vorstand.

Zahlstelle Mannheim-Ludwigshafen.

Sonntag den 20. September, abends 6 Uhr, im großen Saale der „Zentralhalle“, Q 2, 16

Feier unseres 15. Stiftungsfestes

bestehend in

Konzert, Theater und Ball.

522]

[2.80

Hierzu ladet die Kollegen freundlichst ein

Der Vorstand.

I Etuiarbeiter

auf Silber-Reseda-Etui gesucht. [1.40

C. Henning,

Frankfurt a. M., gr. Sandgasse 8.

523]

Ein junger Buchbinder

sucht sofort Stellung. 524] [1.40
Gefl. Offerten unter **A. L.** an das Postamt Gerlingen in Würtbg.

Günstige Gelegenheit!

2 Hebel-schneidemaschinen, neu, ungebraucht, 65 cm Schnittbreite, mit Reservermesser und Zubehör, komplett zu 110 Mk. unter Garantie. 525.] [1.40
Maschinenfabrik Zell i. W., Baden.

Unserem lieben Kollegen und Freunde [0.60

Karl Jawurek,

genannt „kleiner Cohn“, bei seiner Abreise von Köln ein „Herzliches Lebewohl!“ 528]
G. Uydary, P. Zipfel, W. Hartwig nebst Braut, H. Hoster.

Die Kollegen **Jsidor Richter, Paul Fitzke, Emil Dischler, Heinrich Buse** werden um ihre Adresse gebeten von [1.00

Fritz Siebert, Stuttgart, Reinsburgstraße 51 B. 529]

Geübten Preßvergolder

sucht [1.80

C. H. Schwabe, Stuttgart, Läubingerstraße 88. 530]

An die Herren Bevollmächtigten!

Bezugnehmend auf mein Zirkular vom Ende April dieses Jahres und jetzt September, die

Einrichtung von Marmorierkursen

betreffend, erlaube ich mir, nochmals an die künftigen Bevollmächtigten die Bitte zu richten, die Kollegen darauf hinzuweisen. Es waren seinerzeit viele Wünsche an mich ergangen,

im September u. Oktober Kurse abzuhalten.

Kollegen, die einen Kursus mitmachen wollen, bitte ich, sich bei dem Bevollmächtigten anzumelden und für eine Beteiligung von mindestens sechs Mann zu sorgen.

Um zahlreiche Beteiligung bittet [2.60

Josef Hauptmann, Marmorierlehrer.

531]

Bekannt

ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Klement-Leipzig** in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden. [1.20

Leipzig. Restaurant Gutenberg, Johannis-gasse 18/21. Empfehle meine neuerbauten Lokalitäten mit Saal und Gesellschaftszimmer werten Vereinen u. Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. Speisen und Getränke in bekannter Güte. 533] [1.00 **J. Rohm.**



Preßvergolderungen

aller Art, [0.90

in Sortiment u. Partie, liefert geschmackvoll und sauber zu billigsten Preisen

Max Löwe,

Preßvergolderanstalt, Stuttgart, Hauptstätterstraße 58 A.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige. (Eingeschriebene Hilfskasse, Sitz Krippzig.) Abrechnung des 2. Quartals 1903. [27.70]

Main financial table with columns: Einnahmen, Ausgaben, An Krankenunterstützung wurde ausgezahlt, Redlyn und ärztliche Behandlung, and Bestehende Fonds. Includes sub-sections for 'An Heberschüssen gingen ein' and 'An Zuschüssen nach'.

Bilanz:

Summary table for Bilanz showing Einnahme (191,990.96 M.), Ausgabe (111,689.81 M.), and Kassenbestand (180,821.15 M.).

Für die Richtigkeit:

Die Revisoren: A. Schröter, G. Zinke.

Der Kassierer: P. Stäbter.

Leipzig, den 10. September 1903.